

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

8.2.1928 (No. 33)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Staffeltariff gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße gegen die Redaktion sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitragszahlung, hat der Abonnent keine Anwartschaft auf die Zeitung, falls die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutsche Fremdenwerbung in Amerika

Der starke amerikanische Reiseverkehr nach Europa hat sich bisher auf Deutschland nicht in dem Maße erstreckt wie auf manche andere europäische Länder. Diese letzteren haben vielfach ganz besondere Anstrengungen gemacht, um den amerikanischen Fremdenstrom in ihr Land zu lenken. Während früher außer der Schweiz nur England, Frankreich und Italien eine umfangreiche Fremdenpropaganda in Amerika selbst betrieben, haben vor einiger Zeit auch Holland, Island und die skandinavischen Länder eigene Werbe- und Auskunftsstellen für den Fremdenverkehr in Amerika errichtet. Griechenland und Spanien, ja sogar die Stadt Wien, haben sich Propagandastellen in Amerika geschaffen, um den Amerikanern den Besuch ihres Landes möglichst zu erleichtern und den ausländischen Fremdenverkehr in ihr Land zu ziehen. Die Amerikaner aber stellen heute den größten und vor allem den taufkräftigsten Teil des ausländischen Reisepublikums.

Bei dem allgemeinen Wettbewerb um den Besuch der Amerikaner konnte Deutschland nicht untätig bleiben. Die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung hat deshalb in New York ein eigenes Büro errichtet. Seine Werbearbeit ist außerordentlich umfangreich und hat auch bereits erhebliche Erfolge erzielt. Durch eine rührige Kessame in Zeitungen und Zeitschriften wurde es erreicht, daß das deutsche Büro täglich 300 Anfragen zu bearbeiten hatte und im Laufe eines halben Jahres für etwa 60 000 Amerikaner Reisepläne nach Europa entwerfen mußte, in denen natürlich dem Besuche Deutschlands ein entsprechend großer Raum eingeräumt war. Wöchentlich 9000 Reiseprospekte wurden von dem Büro angefordert und eine besondere Filmabteilung versuchte, auch mit diesem modernen Werbemittel die Amerikaner für Deutschland zu interessieren. Die Zahl der Deutschland besuchenden Amerikaner hat seit einem Jahre infolge der Werbetätigkeit des deutschen Büros erheblich zugenommen. Welche volkswirtschaftliche Bedeutung der amerikanischen Reiseverkehr für Europa aber hat, erkennt man daraus, daß nach einer Schätzung des amerikanischen Handelssekretärs Hoover die nach Europa reisenden Amerikaner dort alljährlich 600 Millionen Dollar oder 2,5 Milliarden Goldmark ausgeben. Hiervon entfällt auf Deutschland natürlich nur ein sehr kleiner Teil. Daß der Anteil Deutschlands an diesem amerikanischen Geldstrom, der Europa alljährlich befruchtet, sich wesentlich vergrößert, wird das wichtigste Ziel der Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung und ihres New Yorker Büros sein.

Bei dieser Gelegenheit sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich im allgemeinen für einzelne deutsche Länder, Bezirke oder Städte nicht empfiehlt, eine besondere Werbung des amerikanischen Wettbewerbs zu organisieren. Für den Amerikaner, der in Weltreisen zu denken gewohnt ist, bedeutet Deutschland ein einheitlicher Begriff. Mit einzelnen Ländern oder Gebietsnamen oder gar mit einzelnen Ortsnamen kann er nicht Rechtes anfangen, und eine solche Propaganda für einzelne Kurorte würde voraussichtlich vollkommen vergeblich sein. Wien bildet hier eine Ausnahme, denn der Begriff Wiens wird in Amerika mit dem Österreichs identifiziert, was hinsichtlich Verkehrs und Deutschlands nicht geschieht, und auch nicht erstrebenswert wäre. Eine Werbung für Deutschland ist zugleich eine Werbung für jede seiner schönen und besuchenswerten Gegenden. Man überlasse dem Amerikaner die Auswahl, und je zahlreicher sie zum Besuche Deutschlands überhaupt veranlaßt werden können, desto mehr wird auch der Anteil jedes deutschen Kurortes und jedes deutschen Bezirks am Amerikanerverkehr wachsen.

Die Vertretung der Reichsregierung in München

W.B. Berlin, 8. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages knüpfte sich eine politische Aussprache an das Kapitel „Vertretung der Reichsregierung in München“ 54 000 Reichsmark. Die Erörterung drehte sich um den kommunikativen Antrag auf Streichung dieses Kapitels und die Frage, ob bei der bundestaatlichen Verfassung des Deutschen Reiches Gebände innerhalb desselben von Staat zu Staat noch verfassungsmäßig zulässig seien.

Die Abg. Dietrich (Dem.) und Freiherr v. Nitschowsen beantragten, das Kapitel als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen. Staatssekretär Dr. Wünder erwidert, die Länderkonferenz habe gezeigt, daß noch vieles an der staatlichen Struktur des Deutschen Reiches verbesserungsbedürftig sei. Solange aber die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, wäre es ein unfreundlicher Akt, gegen die süddeutschen Regierungen, die Mündener Vertretung aufzuheben. In Darmstadt habe man bereits die Vertretung aufgehoben. Augenblicklich bestehe in München noch ein Bedürfnis, eine Vertretung des Reiches zu haben. Er bitte auch, nicht dieses Kapitel als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, da doch schon die Einberufung der Länderkonferenz gezeigt habe, daß die Reichsregierung und der Reichszentralrat aus eigener Energie vorzugehen gewillt seien, sobald und soweit es erforderlich und möglich sei. — Nach längerer Aussprache wird der Antrag, die Vertretung in München als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, angenommen.

Die lettlandische Außenpolitik. Bei einem Empfang der Vertreter der Auslandspresse sprach sich der neue Minister des Äußeren Valodis mit Entschiedenheit für eine Fortführung der außenpolitischen Linie Lettlands im Geiste der von dem Lande seit seinem Entstehen geführten Friedenspolitik aus.

Letzte Nachrichten

Das Dementi der Reichsregierung in der Angelegenheit Dr. Luther

M. Berlin, 8. Febr. Die Reichsregierung hatte gestern in einem Dementi Behauptungen zurückgewiesen, daß Reichskanzler Dr. Marx verhältnißlich oder durch Mittelspersonen auf die preussische Staatsregierung einen Druck ausgeübt habe, daß dem ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther der Posten als Präsident der preussischen Zentralgenossenschaftsliste zufalle. Der „Vorwärts“ behauptete demgegenüber, daß Herr Marx nicht mit der preussischen Staatsregierung als solcher, sondern lediglich mit einem Zentrumsmitglied verhandelt habe. Gemeint ist damit Dr. Girtfischer. Das Reich hält sein Dementi aufrecht, dem sich auch die preussische Staatsregierung angeschlossen hat, soweit es sich um amtliche Vorgänge handelt.

Der Kampf um die Simultanschulen in Baden und Hessen

M. Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages tritt heute nachmittag zusammen, um sich mit neuen Vorschlägen des Ministers von Neubert zur Schulfrage zu befassen. Über diese neuen Vorschläge verläutet nichts, nur scheint der Artikel 20 wieder im Vordergrund zu stehen und zwar in dem Sinne, daß zunächst für Baden, Hessen und Nassau es bei der bisherigen Regelung auf 10 Jahre bleiben soll, während dann erst eine neue Entscheidung gefaßt werden soll. Große Aussichten hat auch dieses Kompromiß nicht. Das einzige Blatt, das einen gewissen Optimismus zur Schau trägt, ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen steht. Man vernimmt mit aller Bestimmtheit, daß Dr. Curtius, der in Abwesenheit Stresemanns die Verhandlungen zum Teil führt, unbedingt an der Simultanschule für diese drei Länder festhält.

Rumänische und polnische Anleihen

M. Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel.) In Paris verläutet, daß die französische Regierung ihren Widerstand gegen eine rumänische Anleihe in Frankreich grundsätzlich aufgegeben habe, doch soll die Anleihe nicht etwa durch die Regierung oder ihr nahestehende Banken, sondern durch ein privates Bankkonsortium erfolgen. Genannt wird eine Summe von 350 Millionen Dollars. Die einzigen Bedingungen, die Poincaré gemacht haben soll, ist die baldige Regelung der rumänischen Vorkriegsschulden.

Augenblicklich schweben in New York Verhandlungen über eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe zum Ausbau des polnischen Eisenbahnnetzes. Es zeigen sich aber große Schwierigkeiten, da die polnischen Finanzen jetzt schon eine große Zinslast zu tragen haben und eine weitere Belastung kaum ertragen dürften.

Kosten des Reichschulgesetzes

W.B. Berlin, 8. Febr. Der Vorstand des Deutschen Städte-tages hat dem Bildungsausschuß des Reichstages eine Eingabe über die Kosten des Reichschulgesetzes übermittelt, in der die von der Reichsregierung vorgeschlagene Regelung, wonach den Ländern und Gemeinden eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden soll, abgelehnt wird. Nach § 54 des Finanzgleichgesetzes dürfe das Reich den Ländern oder Gemeinden neue Aufgaben nur zuweisen, wenn es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge trägt. Eine befristete und erschwerte Regelung des Kostenpunktes müsse deshalb im Reichschulgesetz selber getroffen werden, und zwar in der Weise, daß die aus der Durchführung erwachsenden Kosten, gleichviel, ob einmalig oder laufend, vom Reiche erstattet werden. Nach dem von einer Reihe von Ländern veranfaßten Schätzungsversuchen werde es sich teilweise um sehr erhebliche einmalige oder laufende Beträge handeln, die in manchen Orten eine unerträgliche Mehrbelastung zur Folge haben würden.

Angeichts des Umstandes, daß die Durchführung des Reichschulgesetzes eine Vergrößerung der vorhandenen Volksschuleinrichtungen — Lehrstellen und Klassen — um durchschnittlich vielleicht 5 Prozent zur Folge haben werde, ergebe sich eine laufende jährliche Mehrbelastung allein des preussischen Volksschulhaushaltes in Land und Gemeinden um über 40 Millionen Reichsmark, und ein Anleihebedarf von rund 250 Millionen Reichsmark. Die Städte müßten hiernach darauf bestehen, daß für die großen Mehrausgaben infolge des Reichschulgesetzes, die sie nicht tragen könnten, ausreichende Deduktion beschafft und daß für die Fragen der Kosten-erstattung eine zuverlässige gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichschulgesetzes geschaffen werde.

* Zur innerpolitischen Lage

Die innerpolitische Lage in Deutschland ist nach wie vor krisenhaft. Es zeigt sich immer mehr, wie schwer es ist, eine schon an und für sich nicht sehr fest verankerte Regierungskoalition beieinander zu halten, wenn Neuwahlen dicht vor der Tür stehen. Denn darüber muß man sich ganz klar sein, daß es die Wahlen sind, welche schon jetzt ihre verhängnisvollen Schatten vorauswerfen und auf das Gefüge der Regierungskoalition im Reich wie Sprengpulver wirken. Nur die Erwägung, daß unbedingt wenigstens der Etat erledigt werden muß, und der mit großer Entschiedenheit vorgetragene Wunsch des Reichspräsidenten, eine vorzeitige Reichstagsauflösung zu vermeiden, haben es zuwege gebracht, daß die Koalition trotz aller Differenzen und Gegenstände bisher noch zusammenblieb. Ein innerlicher Zusammenhalt besteht aber nicht mehr. Und man muß sich fragen, ob nicht diese Gegenstände schon über Nacht eine solche Verschärfung erfahren können, daß ein Auseinanderfallen der Koalition in aller Form erfolgt. Das wäre natürlich gleichbedeutend mit der Auflösung des Reichstages und mit der Ausschreibung von Neuwahlen.

Vorfälle, wie die in der vorigen Woche, werden von den Gemütern nicht leicht verwunden werden können. Auf das Zentrum hat nun einmal die bedauerliche Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Freitagshöringhoben außerordentlich verstimmend gewirkt, und die Deutschnationalen wiederum sind verärgert über das von dem Zentrumsabgeordneten Ullrich eingeleitete Zensurverfahren. Die Deutschnationalen haben sich den Wünschen der Zentrumsfraktion zwar gefügt, aber aus ihrer Presse läßt sich deutlich erkennen, wie bitter sie diese Demütigung empfinden.

Sind Zentrum und Deutschnationale innerlich fast völlig auseinandergeraten, so hat sich in den letzten Wochen auch der Ritt zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei sehr erheblich gelockert. Hier ist es der Reichsschulgesetzentwurf, der die beiden Parteien auseinandergebracht hat. Zwar wird immer wieder versichert, daß man die Hoffnung auf eine Einigung noch nicht ganz aufgegeben habe, und daß noch einmal Verhandlungen stattfinden sollen. Aber für den Augenblick verspricht sich keiner der Beteiligten von solchen Verhandlungen etwas. Man will abwarten und rechnet vielleicht damit, daß ein Wunder geschieht, und doch noch eine Kompromißmöglichkeit auftaucht. Der nächste Politiker kann sich kaum vorstellen, wie eine solche Kompromißmöglichkeit aussehen sollte.

Die Grenzpfähle sind klar erkennbar abgesteckt: das Zentrum wünscht die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum § 20 des Reichsschulgesetzentwurfes (zeitliche Begrenzung der Dauer der Simultanschule in den Ländern mit dieser Einrichtung), die Deutsche Volkspartei dagegen hat sich auf ihren Antrag festgelegt, welcher die dauernde Beibehaltung der Simultanschule in den Simultanschulländern fordert. Für die Deutsche Volkspartei ist diese Forderung etwas, was sich aus ihrer ganzen Vergangenheit und ihrer ganzen programmatischen Einstellung von selbst ergibt. Das Zentrum hat, von seinem Standpunkt aus betrachtet, nicht weniger gewichtige Gründe für seine Auffassung ins Feld zu führen. Wie sollen diese Gegenstände überbrückt werden?

Für die praktische Behandlung der parlamentarischen Arbeiten der nächsten Zeit ist es angesichts dieser ganzen Situation in der Tat am besten, daß sich der Reichstag auf die Beratung des Etats beschränkt, und daß alle anderen Fragen einstweilen zurückgestellt werden. Die Rücksicht auf das Staatsganze erfordert gebieterisch die Erledigung des Etats. Ist diese Erledigung erfolgt, dann kann man immer noch versuchen, durchzubringen, was durchzubringen ist. Will ein solcher Versuch durchaus nicht gelingen, dann bleibt allerdings nichts anderes als die Auflösung des Reichstages übrig.

Das erste Lebenszeichen von Sven Hedin. Wie die „Nachttausgabe“ aus Stockholm berichtet, hat Fräulein Alma Hedin, die Schwester des Forschers, von ihrem Bruder ein Telegramm folgenden Inhaltes erhalten: „Gami glücklich angekommen nach schwerer Reise, alles sehr gut. Wir fortsetzen bald nach Arumtschi. Alle lieben Briefe bekommen. Auch die anderen Abteilungen wohlbesetzt. Sven Hedin.“

Mit der Beilage: 12. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Aus den Reichstagsausschüssen

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Reichsregierung sofort mit den Ländern in Verbindung treten soll zur Regelung der Polizeilasten der Städte und Gemeinden des besetzten Gebietes unter Übernahme derjenigen Polizeilasten auf das Jahr, die als Sonderbelastung dadurch entstehen, daß eine Verstaatlichung der Polizei infolge Einpruchs der Alliierten verhindert wurde oder Mehreinrichtungen an Polizeikräften infolge der Besetzung erfolgen mußten. Gleichfalls angenommen wurden Entschließungen, nach denen geprüft werden soll, in welcher Weise den schwer darniederliegenden Ländern des besetzten Gebietes geholfen werden könnte und auf die Entfernung der Besatzung aus den Vode- und Luftorten des besetzten Gebietes hingewirkt werden soll. Nachdem der Unterausschuß des Rechtsausschusses des Reichstages sich in einer früheren Sitzung prinzipiell dahin ausgesprochen hatte, daß künftige Gesetze auch bei tiefer Verrentung möglich sein soll, wurde heute ein Antrag angenommen, wonach die Ehegatten, sofern keiner von ihnen für schuldig erklärt wurde, gegenseitig zum Unterhalt nach Maßgabe der Billigkeit, insbesondere unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse verpflichtet sind.

Der Reichswehrminister Gröner hatte im Reichstage mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen, die der Vorbereitung der Beratung über den Reichswehretat im Haushaltsausschuß dienten. Dabei spielte vor allem auch die Frage eine Rolle, ob und wie die Rhoebus-Angelegenheit zur Förderung gebracht werden soll. Wie das W.D. Büro erfährt, beabsichtigen die Sozialdemokraten nicht, auf die Besprechung der Rhoebus-Angelegenheit zu verzichten, so daß angenommen werden kann, daß auch diese Angelegenheit bei der Debatte über den Wehretat im Haushaltsausschuß am Donnerstag zur Aussprache kommen wird.

Die englische Thronrede

London, 8. Febr. Die Parlamentssitzung wurde gestern eröffnet. Die dabei verlesene Thronrede sagt u. a.: Die Lage in China hat sich soweit gebessert, daß die nach dem äußersten Osten zum Schutz der englischen Interessen und der englischen Besitzungen in den Konzeptionen entsandten Seeres- und Marinekräfte bedeutend vermindert werden können, jedoch lassen die Unordnung und der Bürgerkrieg sowie der Mangel an Sicherheit noch Besichtigungen aufkommen. Die Regierung hält ihre frühere Erklärung aufrecht, nach welcher sie sich bereit erklärt, den chinesischen Wünschen zu entsprechen, sobald die Chinesen den Schutz des Lebens und der Besitzungen der Ausländer gewährleisten können. Die Regierung prüft mit Wohlwollen den von den Vereinigten Staaten überreichten Entwurf zu einem neuen Schiedsgerichtsbarkeitsvertrag. Die Rede hebt noch einige Angelegenheiten hervor, die auf eine allmähliche Besserung des inneren und äußeren Handels schließen und die auf eine Fortsetzung der Besserung im nächsten Jahre hoffen lassen. Die Regierung prüft die Möglichkeit, die Last der örtlichen Steuern auf Industrie und Landwirtschaft zu erleichtern und wird einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landes- und Ortswahlgesetze dem Parlament unterbreiten.

In der Debatte über die Thronrede begrüßte Macdonald die in der Thronrede enthaltene Äußerung über die Politik gegenüber China, wobei er der Hoffnung auf baldige Zurückziehung der dort noch stehenden englischen Truppen Ausdruck gab. Mit Bezug auf Amerika erklärte er das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz sei eine Warnung für das Foreign Office, die es hoffentlich niemals vergessen werde. Schließlich kritisierte Macdonald noch die Regierung wegen ihrer völlig unmöglichen Haltung in Genf. Auch Lloyd George begrüßte die Äußerungen über China und stellte eingehende Fragen über die Gestalt, die man den geplanten Schiedsvereinbarungen mit Amerika zu geben gedenke.

Die Arbeiterpartei kündigte einen offiziellen Abänderungsantrag zur Thronrede an, worin das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß keine Maßnahmen gegen das dringende Arbeitslosenproblem erwähnt werden. Im Oberhaus gab der liberale Lord Beauchamp seiner tiefen Enttäuschung über die englische Welterbungsreform Ausdruck und bezeichnete als wünschenswert, wenn die englische Regierung für eine Verminderung der Truppenzahl im Rheinland eintrete. Lord Salisbury verwies namens der Regierung darauf, daß die Regierung hinsichtlich der Verminderung der Rheinlandstruppen nicht selbständig handeln könne, sondern an die Zustimmung anderer Mächte gebunden sei. Selbstverständlich sei es ihr Bestreben, die Truppenzahl herabzusetzen.

Die amtliche Großhandelsindexziffer im Monatsdurchschnitt Januar ist gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent, von 139,6 auf 138,7, zurückgegangen.

Badisches Landestheater

Rigoletto

Verdis Karrentragödie, in den letzten Spielzeiten unserer Landesbühne schon stets ein beliebter Tummelplatz für fremde Gäste, ward auch diesmal Anlaß zu zwei auswärtigen Gastspielen. Margherita Salvi, eine Spanierin von Geburt, doch ungarischer Mitglied der Mailänder Scala geworden, sang die Gilda. Italienisch natürlich, aber in jener bitterfüßig verständlichen Art, die sogar dem Nichtkenner des Werkes keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Man hörte eine entzückende Koloraturstimme, deren große Arie (im zweiten Akt) mit den gewagtesten Variationen, die überhaupt an die Reifertigkeit einer Dierfängerin gestellt werden können, ein Genuß war. Aber auch im dritten und vierten Akt bot die Künstlerin eine dramatisch wie stilistisch so ausgezeichnete Leistung, daß jede ihrer Phrasen in unendlich bedeutendem Wohlklang erklang. Neben solcher stimmlicher Schönheit und echt südländischer Glut fiel es dem anderen Gast des Abends nicht leicht, sich einzurichten zu behaupten. Immerhin bestand aber auch Heinrich Blasi vom Stadttheater Essen, der als Rigoletto zugleich auf Engagement gastierte, in allen Ehren. Trotz merklicher Indisposition hielt er diese von den meisten Baritonisten gefürchtete und gern gemiedene Partie glänzend durch, auch dem Schauspielere im Sänger gebend, was ihm gebührte. Vor allem in den Szenen mit Gilda gelang ihm zu deren fein empfundenen Sinnlichkeit ein duster verhaltener Gegenpart. Diesen Sänger zu verpflichten — großes Können bewies er auch in der deutlichen Behandlung des Wortlauts — sollte die Intendanz nicht zögern! Die übrige Besetzung, u. a. mit Wilhelm Wentwig als Herzog und Adolf Vogel als Sparafucile, gibt zu weiteren Bemerkungen kaum noch Anlaß; unter Kapellmeister Rudolf Schwarz lam außerdem die Partitur zu voller Entfaltung. Allzu großes Interesse brachte freilich das Publikum der Aufführung nicht entgegen, das Haus zeigte bedenkliche Lücken. Die Anwesenden dankten jedoch mit um so herzlicherem Beifall.

S. Sch.

Der Deutsche Reichstag über das Mieterschutzgesetz

Berlin, 7. Febr.

Reichstagspräsident Lohse eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehört Nachruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abg. Dr. Maschke, dessen Platz mit einem Strauß weißer Blumen geschmückt ist. Der Reichstag vertagt sich zunächst entsprechend den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzentwürfe auf Änderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Ausschussanträgen bis zum 31. März 1930 verlängert werden. Die wichtigste Änderung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterschutzgesetzes der Vermieter das Mietverhältnis kündigen kann. Er läßt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungs schreiben ausgeben, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist und das die bestimmte Angabe der Tatsachen enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird. Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung in gerichtlichem Güteverfahren nachgeprüft. Versäumt der Mieter die zweimonatige Einspruchsfrist, so kann der Kündigungsbeleg gegen ihn erlassen werden.

Abg. Lipinski (Soz.) erklärt, der Wohnungsmangel sei noch immer katastrophal. Die Annahme, daß ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zur Belebung des Baumarcktes führen werde, sei längst als falsch erwiesen. Den vorliegenden Entwurf lehne er ab und beantrage die Verlängerung des bestehenden Gesetzes.

Reichsjustizminister Fertg bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als einen Ausdruck der Kampfstellung: hier Wohnungszwangswirtschaft, hier Wirtschaftsfreiheit und Eigentum. Dieser große programmatische Kampf sei jetzt durch eine schrankenlose Agitation neu entzündet worden, obwohl der vorliegende kleine Gesetzentwurf gar keinen Anlaß zur Aufrollung des großen grundsätzlichen Streites biete. (Lauter Zurufe links: Sie haben ihn ja mit Ihrem Entwurf entzündet!). Ich betone mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Übel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hält genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Er bringt keine Operation, sondern mildere Mittel. Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft überlassen wir bewußt den Ländern, wir wollen hier keine Zentralisation von Reich wegen. Nichts ist an dem bestehenden materiellen Recht geändert, wir haben lediglich formelle Erleichterungen eingeführt, die beiden Teilen, Mietern und Vermietern, zugute kommen.

Der Entwurf erleichtert auch die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse dadurch, daß er dem in der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wiederherstellt. Es ist aber falsch, daß nun eine Flut von Kündigungen erwartet werden müßte. Das materielle Kündigungsrecht wird ja in keiner Weise erweitert. Die Vorlage ist nur auf die ganz einfach liegenden Fälle zugeschnitten, in denen gar keine Zweifel an der Kündigungsberechtigung bestehen. Ich habe zu den Vermieterorganisationen das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieterschaft verbitternden Weise anwenden werden. Andererseits kann man zu den Mieterorganisationen das Vertrauen haben, daß sie ihre Mitglieder genügend aufklären, um sie vor schädlichen Wirkungen der Gesetzesanwendung zu schützen. Den Ausbau der Fürsorge für die gekündigten Mieter betrachten wir als eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung des Reiches und der Länder. Der preussische Justizminister ersucht in einem Schreiben, das Gesetz nicht vor dem 1. April des Jahres in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesem Wunsch fügen müssen und können deshalb an dem vom Ausschuss vorgesehenen Termin des 16. Febr. nicht festhalten.

Abg. Domsch-Dresden (Dnt.) ist mit dem Minister der Meinung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit überschätzt werde und daß die große Unruhe in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. Angesichts der noch immer bestehenden Wohnungsnot sei eine völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im gegenwärtigen Moment unmöglich. Die Mieter seien über die Bedeutung der Vorlage getäuscht worden. Diejenigen Mieter, die keinen durchschlagenden Kündigungsgrund geboten haben, könnten ruhig der neuen Vorlage entgegensehen; an ihrem Rechtsverhältnis werde dadurch nichts geändert.

Abg. Fremmel (Z.) betont, die vorliegenden Entwürfe seien keine Linderung der Wohnungszwangswirtschaft, sondern nur eine Verbesserung und Vereinfachung des Verfahrens im Rahmen des bestehenden Rechts. Die immer noch anhaltende Wohnungsnot könne nur behoben werden durch die Belebung der Bautätigkeit durch inländisches und ausländisches Kapital. Diese werde gefördert durch eine weitere Festigung des Eigentumsbegriffs im Wohnungswesen. Das jetzt wieder eingeführte Kündigungsverfahren gewähre dem Mieter größere Sicherheiten als das bisherige Klageverfahren.

Abg. Hall (Dem.) erklärt, es sei unverständlich, wie die Regierung trotz des einmütigen Widerstandes der Mieter- und Vermieterkreise und des Reichstages diese Gesetzentwürfe dem Reichstage vorlegen konnte. Die Dittler-Verordnung zur Ausschaltung der gewerblichen Räume vom Mieterschutz habe nach den Feststellungen des Enqueteausschusses verhängnisvolle Wirkungen für weite Kreise des Gewerbes gehabt. Den Nutzen hätten zum größten Teil ausländische Kapitalisten gehabt. Die Angleichung der bestehenden Mietsätze an die Neubausmieten werde nicht durchführbar sein.

Abg. Seiffert (Völk.) fragt, warum die Regierung nicht die Vorlagen einfach zurückgezogen habe, nachdem die Wohnungszahlung ein erschreckendes Bild von der bestehenden Wohnungsnot ergeben hatte. Eine weitere Linderung der Wohnungszwangswirtschaft, wie sie tatsächlich mit den Vorlagen erstrebt werde, sei im gegenwärtigen Moment ganz unmöglich. Wenigstens sei vielmehr ein umfassendes Wohnungsbauprogramm.

Anfiedlungsmöglichkeiten in Kärnten

In letzter Zeit sind wiederholt in verschiedenen Zeitungen Berichte aus dem österreichischen Bundeslande Kärnten erschienen, die sich sehr günstig über die klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses landschaftlich schönen und anziehenden Landstriches aussprechen und ihm als Siedlungsland für auswanderungslustige Deutsche den unbedingten Vorrang vor überseeischen Gebieten geben.

Wer die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, kann diesen Nachrichten nur zustimmen. Tatsache ist ferner, daß Kärnten sich im Jahre 1927 eines erhöhten Zustuzes seitens Reichsdeutscher, die dort Land zu verhältnismäßig günstigen Preisen gekauft oder gepachtet haben, zu erfreuen gehabt hat. Nach Aussage eines dieser Neusiedler, der zur Zeit besuchsweise in Deutschland weilt und nur die brieflichen Berichte anderer Deutsche bestätigt, fühlen sich diese reichsdeutschen Siedler in dem fernöstlichen Lande mit seiner lebenswichtigen, frohsinnigen und fangenslustigen Bevölkerung, die die Reueinwandernden nicht als Fremdlinge, sondern als wertvollen Zuwachs betrachten, durchweg wohl und kommen wirtschaftlich gut vorwärts. Die Reichsdeutschen werden auch wegen ihrer fortschrittlicheren und intensiveren Wirtschaftsweise, namentlich gegenüber den östlich Klagenfurt um Bölkermarkt und Weiburg herumstehenden slowenischen Bauern gern gesehen. Wenn die Wiesen durchschnittlich vier Schnitt ergeben und der Acker zum großen Teil eine zweimalige Ernte gestattet, so spricht dies schon an sich für die Güte des Klimas. Die Abgabeverhältnisse sind wegen der günstigen Verbindungen nach Städten wie Klagenfurt und Villach und des jährlich zunehmenden Fremdenverkehrs gut. Kleinere und größere Besitztümer, die zu kaufen oder zu pachten sind, stehen in genügender Zahl zur Verfügung. Jetzt vor Beginn des Anbaues ist die beste Zeit zu etwaiger Besichtigung des Landes.

Nähere Einzelheiten können bei der „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung“, Berlin W 30, Martin-Luther-Strasse 97, 2. Stock, erfragt werden.

Deutsche Vorstellungen gegen den Miß Cavell-Film. Zu der Londoner Meldung eines Berliner Blattes über den neuen englischen Kriegsfilm „Die Erschießung der Miß Cavell“ erfährt die „Tägliche Rundschau“ von zuständiger Seite: Die deutschen Vertretungen in London und Brüssel sind seit dem Auftauchen der ersten Nachrichten über den Miß Cavell-Film unablässig bemüht gewesen, die Ausführung eines derartigen Filmtreffens zu verhindern. Die Bemühungen werden fortgesetzt und es ist zu hoffen, daß sie Erfolg haben werden. Zwar hat die Herstellerfirma versucht, von der Votschaft in London Auskünfte, die sie zur Herstellung des Films benötigte, zu erhalten; sie hat jedoch hier stets von Seiten der Votschaft eine bestimmte Abweckung erfahren. Es ist also völlig unzutreffend, daß die deutsche Votschaft in London „bei Herstellung des Films helfend eingegriffen hätte“.

Die Erweiterung des englischen Frauenwahlrechtes. Im Unterhause erklärte Premierminister Baldwin, der Gesetzentwurf über die Wahlreform werde auch den jungen Frauen das Stimmrecht verleihen, und sie würden schon bei den nächsten Wahlen in der Lage sein, dieses Recht auszuüben.

Rettet das Memeler Schauspielhaus!

Unter dieser Überschrift erklärt die Deutsche Akademie in München folgenden Aufruf:

Nach 142 jährigem ruhmvollem Bestehen mußte das Memeler Schauspielhaus im vergangenen Jahre wegen Geldmangels seine Pforten schließen. Damit ist das einzige für Litauen in Betracht kommende deutsche Theater im Nordosten eingegangen und 140 000 Deutsche im Memelgebiete entbehren der wichtigsten Pflegestätte deutscher Kultur. Noch ist nicht alle Hoffnung verloren: gelingt es, die notwendigen Zuschüsse für einen gründlichen Um- und Erweiterungsbau aufzubringen, der einerseits das Theater leistungsfähiger und andererseits seine Betriebsführung wirtschaftlicher macht, so darf mit der Wiedereröffnung im nächsten Jahre gerechnet werden.

Die Unterzeichneten begrüßen deshalb den Beschluß der Deutschen Akademie eine „Gesellschaft der Freunde des Memeler Schauspielhauses“ zu gründen, die die Mittel zur Fortführung des Spielbetriebs aufbringen soll. Den vielgeprüften Bewohnern des Memelgebietes auf diese Weise den Dank für ihr mannhaftes Festhalten an angestammtem Volkstum abzustatten, ist eine Ehrenpflicht, der sich unser Volk nicht entziehen wird. Wenn es ernst ist mit seinem „Deutschland über alles“ — von der Maas bis an die Memel“, wird dieses Aufruf nicht überhören. Die geistige Sicherung Deutschlands im Osten bedeutet wirtschaftliche Umverteilung im Innern des Reiches.

Näheres über Satzungen und Mitgliedsbeiträge (mindestens jährlich 5 RM): Gesellschaft der Freunde des Memeler Schauspielhauses, München, Residenz, Hauptstelle der Deutschen Akademie, Postfach 8700.

Der Aufruf trägt eine große Anzahl von Unterschriften, darunter von: Dr. C. Urbaner, Oberbürgermeister, Köln; Birk, Geh. Rat Dr. W. v. Bode, Berlin; Geh. Rat Dr. E. v. Drögler, Universitätsprofessor, München; Geh. Rat Dr. C. Duisberg, Leverkusen; Dr. Max Dalbe, Schriftsteller, München; Dr. Gerhart Hauptmann, Schriftsteller, zur Zeit Kapallo; Kommerzienrat Dr. G. Krumbhaar, 1. Vorsitzender des Ver-

eins deutscher Zeitungsverleger, Siegnitz; Dr. Außer, Oberbürgermeister, Mannheim; Dr. A. v. Loesch, Präsident des Deutschen Schutzbundes, Berlin; F. v. Mendelssohn, Bankier, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskongresses und der Industrie- und Handelskammer, Berlin; Dr. R. Muck, Generalmusikdirektor, Hamburg; Dr. G. Pfister, Generalmusikdirektor und Tonbildner, Unterschönberg; Dr. A. Strauß, Generalmusikdirektor und Tonbildner, Wien; Dr. G. Subermann, Schriftsteller, Berlin; Geh. Rat v. Tilly, Präsident des Deutschen Ostbundes, Berlin.

Die Kandidaten für den Heidelberger Intendantenposten. Aus der Zahl von ungefähr hundert Bewerberinnen für den Posten des Heidelberger Theaterintendanten sind folgende Kandidaten in die engere Wahl gezogen worden: Direktor Friedrich Reug von den Vereinigten Stadttheatern Konstanz-Schaffhausen-Winterthur, Intendant Erwin Gahn vom Landestheater Rudolstadt, Direktor Hans Wehner von den Franzfurter Wanderbühnen, Intendant Ernst Müller-Wulka vom Stadttheater Remscheid, Dramaturg Raul Peters, gegenwärtig ohne Anstellung, früher in Mainz, Oberpielleiter Oskar Wallek von den Städtischen Bühnen Dortmunds, und Oberpielleiter Clemens Brede vom Stadttheater Krefeld. Innerhalb von zwei Wochen soll die endgültige Besetzung erfolgen.

Nürnberg errichtet eine deutsche Albrecht-Dürer-Stiftung. Im Rahmen des Dürer-Jahres 1928, das von April bis Ende September dauert, wird die Stadt Nürnberg in Verbindung mit dem Reich und dem Lande Bayern eine für die gesamte deutsche Künstlergemeinschaft bestimmte Stiftung ins Leben rufen. Diese „Deutsche Albrecht-Dürer-Stiftung“ soll ausschließlich der Kunst und den Künstlern (auch in Fällen unerschuldeten Bedrängnis) dienen. Der Stadtrat von Nürnberg, das Reichsministerium des Innern und das bayerische Kultusministerium haben die auf sie treffenden Beiträge zur Stiftungserrichtung bereits genehmigt oder zugesagt. Die Stiftung wird ihren Sitz in Nürnberg haben.

Reform der Krankenversicherung

Dem Reichstage liegt bereits ein Gesetzentwurf zur Änderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vor, und wenn es auch durchaus ungewiß ist, ob er noch vor diesem Reichstag zur Beratung gelangen wird, so ist es doch sicher, daß der nächste Reichstag sich bald mit den vorliegenden Reformvorschlagen befassen muß. Es handelt sich, wie in der „Sozialen Praxis“ von einem Vertreter der Krankenkassen dargelegt wird, teilweise um einen weiteren Ausbau der Krankenversicherung, teilweise aber auch um die Reduzierung mancher Leistungen, bei denen heute des Guten zuviel getan wird. Vorgeschlagen wird z. B., daß die Angestellten, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anspruch auf Weiterzahlung des Gehalts während ihrer Krankheit haben, erst nach Ablauf der vierten mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheitswoche Anspruch auf Krankengeld erhalten sollen, falls sie bis dahin ihr Gehalt weiterbezogen. Von weit größerer Bedeutung freilich ist die Forderung, daß alle Krankentage mitgliedern von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln statt bisher 10 Proz. in Zukunft 25 Proz. tragen sollen. Man erhofft hierin eine Verminderung der Aufwendungen für Arznei und Heilmittel, mit denen heute nach Ansicht der Krankenkassen vielfach Verschwendung getrieben wird. Um das Verantwortungsgewuß der Mitglieder zu stärken, wird endlich vorgeschlagen, daß die Gebühr für Ausstellung eines Krankenscheines statt bis zu 10 in Zukunft auf 25 Pfennig festgelegt wird.

Auf der anderen Seite wird gefordert, daß kinderreiche Familien weiter ein höheres Krankengeld als ledige Krankentage mitglieder erhalten sollen. Das Krankengeld soll deshalb auf 50 Proz. des Grundlohns für den Kalendermonat festgelegt werden. Hierzu kommen dann aber Zuschläge für die Ehefrau und für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre in Höhe von 10 Proz. des Krankengeldes bis zum Höchstbetrage von 75 Proz. des Grundlohns. Berechtig ist ferner auch die Forderung, bei länger dauernder Krankheit die Hilfeleistung zu erhöhen. Daher soll von der fünften Woche der Krankheit an, wenn diese mit Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, den Kranken volle Arznei von der Kasse gewährt werden. Außerdem soll von diesem Zeitpunkt an das Krankengeld für die Familie der im Krankenhaus liegenden Ernährer bis zur Höhe des Krankengeldes heraufgehoben werden. Ferner glaubt der Vertreter der Krankenkassen, daß unter der Voraussetzung der oben erwähnten Einschränkungen die Kassen in der Lage sein werden, die Familienhilfe obligatorisch zu machen, so daß die Familienangehörigen ungefähr die gleichen Leistungen im Krankheitsfall erhalten wie der Versicherte selbst.

Es erscheint immerhin sehr zweifelhaft, ob der Reichstag diesen Vorschlägen aus Krankentage mitgliedern zustimmen können. Die geforderten Einschränkungen sind zum Teil beträchtlich, daß sie eine Mehrbelastung der Versicherten von erheblichem Ausmaß darstellen. Auf der anderen Seite ist kaum anzunehmen, daß die Mehrträge aus diesen neuen Bestimmungen ausreichen werden, um die geforderten Mehrleistungen ohne Beitragserhöhungen zu ermöglichen.

Die Deutsche Volkspartei Bayerns gegen den Einheitsstaat. In einer stark besuchten Versammlung der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, in der das Referat des Abends der früheren Reichstagsabgeordnete, Prof. Dr. v. Galtner hielt, der unter dem Beifall der Versammlung ein eindeutiges Bekenntnis zum Bundesstaat ablegte, teilte der Vorsitzende der Versammlung, Rechtsanwalt Weutner, mit, daß die Landesvorstandschaft der Deutschen Volkspartei in Bayern in Berlin Verwahrung gegen die Reichstagsrede Dr. Gremers mit der Parole „Für den Einheitsstaat“ eingelegt habe, die sie ablehnen müsse.

Beschlüsse des faschistischen Großen Rates. Der faschistische Große Rat nahm am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Mussolini eine Tagesordnung an, in der es für notwendig erklärt wird, daß die Zusammensetzung, die Funktionen und die Stellung des Großen Rates unter den verfassungsmäßigen Organen des Staates durch Gesetz geregelt werden. Der Große Rat prüfte darauf die Frage der Zusammensetzung des Senats und nahm eine Tagesordnung an, in der er die Ansicht ausbrückt, daß an den Gesetzen über die Verfassung des Senats nichts geändert werden dürfe, außer den Bestimmungen über den Zusammensetzung des Senats als oberster Gerichtshof, über die Gruppen und Personen, die Anspruch auf Ernennung zum Senator haben, und schließlich über das für eine Ernennung erforderliche Mindestalter. Der faschistische Große Rat stellte darauf die Einzelheiten für das zweite faschistische Aufgebot fest, durch das der Militär und der Partei 100 000 Mann junger Avant-Garden geführt werden sollen.

Verschiedenes

Holländische Gründungsschwindelen.

Seit längerer Zeit beschäftigen sich die Leipziger und Frankfurter Untersuchungsbehörden mit der Aufklärung von umfangreichen Gründungsschwindelen, die von Holland aus in verschiedenen Städten Deutschlands in Szene gesetzt wurden. In Leipzig haben nach den bisherigen Ermittlungen drei Geldgeber zusammen 32 000 Reichsmark verloren. Im Zusammenhang mit den Schwindelen war im Dezember ein Leipziger Ingenieur verhaftet worden, der den Gründern Zuteilbeträge geleistet haben sollte. Wie erst heute bekannt wird, hat der Ingenieur in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses Selbstmord durch Erhängen verübt.

43 Personen ertranken

Auf dem Retongsflus ist ein Dampfer infolge einer Explosion gesunken. Drei Europäer und 40 Eingeborene sind dabei ums Leben gekommen.

3 Tage Berlin für 50 M. Das amtliche Mitteleuropäische Reisebüro (M.E.R.) unternimmt eine großzügige Werbung für den Besuch der deutschen Reichshauptstadt im In- und Ausland. In einem besonderen, mit wirkungsvollen Aufnahmen von Berlin geschmückten Prospekt bietet das M.E.R. einen dreitägigen Aufenthalt in Berlin einschließlich Unterkunft und voller Verpflegung in guten Hotels und Restaurants sowie einer großen Zahl von Vergünstigungen von 50 M. an. In diesem Kaufpreis sind Rundfahrten, Besuch der Museen und Schlösser, Kanäle usw. einbezogen. Für den Besuch der großen Bühnen, des Wintergartens im Circus Busch werden Ermäßigungen bis zu 50 Proz. gewährt. Der Badische Verkehrsverband ist bereits mit dem Mitteleuropäischen Reisebüro Berlin in Verbindung getreten, um ähnliche Fahrten zu einem festen Gesamtpreis nach Baden zur Ausführung zu bringen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des sich über dem Festland erhaltenden Hochdrucks, wird bei uns die bestehende vorwiegend trockene Witterung mit wechselnder Bewölkung voraussichtlich noch anhalten. Wetterausichten für Donnerstag, den 9. Februar: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters, wechselnd wolfig, vorwiegend trocken und für die Jahreszeit mild.

Badischer Teil

Einführung und Beilegung von Frau Minister Trunt

Eine dicht gedrängte Trauerversammlung sah man gestern vormittag 11 1/2 Uhr in der Karlsruher Friedhofskirche, um von dem am letzten Sonntag abend verstorbenen Frau Minister Trunt teilnahmsvoll Abschied zu nehmen. Zugegen waren u. a. Reichsfinanzminister Dr. Brüder, der im Namen des Reichstagspräsidenten Dr. Marx einen Kranz am Sarge niederlegte, das gesamte badische Staatsministerium, der badische Landtag mit seinem Präsidenten Dr. Baumgartner an der Spitze, der badische Gesandte in Berlin, Honold, als Vertreter des Erzbischofs Generalvikar Dr. Selter, ferner namhaft an den Einführungsfeierlichkeiten teil für die Stadt Karlsruhe Oberbürgermeister Dr. Finter, der Bürgermeister Dr. Schneider und Kleinschmidt, Oberpostpräsident Lammlein, ferner der Präsident des badischen Landesfinanzamtes, Stahmer, Ministerialdirektor Dr. Düber, Präsident Wittemann, Senatspräsident Gut, Staatsrat Weichhaupt. Außerdem nahmen als Vertreter der Evangelischen Oberkirchenrat Dr. Würth und als Vertreter des Oberrats der Israeliten Dr. Stein an der Feier teil. Die Stadt Freiburg war durch ihren Oberbürgermeister Dr. Bender vertreten, die württembergische Regierung entsandte als ihren Vertreter den Justizminister Dr. Beyerle, ferner in der badischen Gesandtschaft in Stuttgart Dr. Fischer, sowie eine große Anzahl von Trauergästen aus allen Ministerien und sonstigen Behörden erschienen. Vertreten war weiterhin die katholische Studentenverbindung „Schwarzwaldbund“.

Trauerweihen leiteten die Einführung ein, die Geistlicher Rat Konrad Stumpf vornahm. In seiner Traueransprache hob er die reichen Geistesgaben, die Herzengüte und die Mütterlichkeit der Verstorbenen hervor. Die Verstorbene sei die Seele der Arbeit ihres Mannes gewesen. Über allem habe bei ihr die Pflicht gestanden. Nach dem Choral „Jesus Dir leb ich“ wurde der blumengeschmückte Sarg aus der Kapelle nach dem bereitgestellten Wagen getragen, der die Tote nach ihrem Heimort Baden-Baden überführte.

Nachmittags 1 1/2 Uhr fand sodann in Baden-Baden die Beilegung statt. Aus dem ganzen Lande und besonders der Stadt Baden-Baden hatten sich Trauergäste eingefunden. Man bemerkte u. a. Reichsfinanzminister Dr. Brüder, den badischen Finanzminister Dr. Schmitt, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Generalstaatsanwalt Hafner, Ministerialdirektor Schmidt, Ministerialrat Umhauer, zahlreiche Landtagsabgeordnete, eine große Anzahl von Geistlichen, Vertreter sämtlicher Baden-Badener Behörden, u. a. Oberbürgermeister Fieser und Bürgermeister Elzner. In Vertretung der Stadt Karlsruhe war Oberbürgermeister Dr. Finter erschienen, in Vertretung der Stadt Freiburg Oberbürgermeister Dr. Bender. Die Trauerfeier wurde geleitet von Geistl. Rat Stadtpfarrer Martin.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Volksschüler Ludwig Wieland in Mannheim, der unter eigener Lebensgefahr einen Knaben vom Tod des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille zu Händen seines gesetzlichen Vertreters verliehen.

Kreistagung der Ratshreiber des Kreises Karlsruhe

Am 4. Februar 1928 fand im Gasthaus zum „Goldenen Adler“ in Karlsruhe die Kreistagung der Ratshreiber mit folgender ergänzter Tagesordnung statt: 1. Wie vollzieht sich der Übergang eines Grundstücks von der Vertragsunterzeichnung bis zum Eigentümereintrag, einschließlich Kostenberechnung? Referent: Herr Vereinspräsident Herrmann. 2. Das Wesentliche und Wichtigste des Pächtervertrages. Referent: Herr Verwaltungsoberinspektor Balfach, Durlach. 3. Die neue Befolungsordnung für die Städte und die Landgemeinden in Baden. Referent: Herr Verwaltungsoberinspektor Müller, Durlach. 4. Wahl des Kreisvorsitzenden und der zwei Ersatzmänner durch die amwesenden Mitglieder. 5. Anträge, Aussprachen, sonstige Mitteilungen.

Die Tagung war von 105 Kollegen besucht. Diese Zahl wurde bis jetzt wohl bei keiner Kreistagung erreicht. Die Referate waren so eingehend und lehrreich, daß jeder Kollege daraus für seine Dienstführung Nutzen ziehen kann. Den Referenten sei auch an dieser Stelle herzlichster Dank gesagt. Auch die Ausführungen des Präsidenten über das in Aussicht stehende neue Kostengesetz fanden den Beifall der Versammlung. Die Stellungnahme des Vereins zur Eingabe der mittleren Justizbeamten an den Landtag, betreffend Verlegung der Grundbuchämter an die Amtsgerichte, wurde gebilligt. Einmütig war man der Auffassung, daß Regierung und Landtag diesen Antrag ablehnen werden. Bei der Aussprache kamen auch einige Kollegen zu Wort, namentlich Herr Müller mußte wegen der Befolungsregelung einige beruhigende Erklärungen abgeben. Bedrückt waren alle Kollegen durch die Notwendigkeit der Herbeiführung neuer Beschlüsse der Gemeindevertretungen. Der Wunsch, die Entscheidungen möchten nun so bald als möglich herbeigeführt werden, fand nur geteilte Aufnahme. Viele Kollegen erinnern sich, was sie auf diesem Gebiete schon durchgemacht haben und wissen, was ihnen jetzt wieder erneut bevorsteht. Reichs- und Landesbefolungsordnungen lassen sich eben besser machen als Gemeindebefolungsordnungen.

Bei den Wahlen herrschte Einigkeit. Es konnten durch Akklamation einstimmig gewählt werden: als Kreisvertreter: Ratshreiber Schmitt, Stein, als Ersatzmänner: Ratshreiber Buchs, Kronau Verwaltungsoberinspektor Balfach, Durlach.

Bei Punkt 5 entspann sich eine rege Aussprache über die Beitragsentrichtung. Die Regelung, die Beiträge für den Verein und den Verband zusammen abzuführen, hat sich schlecht bewährt, sonst könnten unmöglich soviel Rückstände vorhanden sein. Ein Kollege hat unter Zustimmung der Versammlung angeregt, man solle zum alten Einzugsverfahren zurückkehren. Der Präsident wies darauf hin, daß dies jetzt nicht möglich sei und die Beiträge ab 1. Januar 1928 weiter voll und ganz an den Rechnungsrat abzuführen sind. Es wird jedem Kollegen die Nachprüfung seiner Beitragsentrichtung beim Gemeinderat empfohlen. Wo die Zahlungen geleistet sind, wolle dies Herrn Stadtrechner Altan, Gengenbach, mit dem Antrag mitgeteilt werden, den Landesvereinsratier Rothweiler davon zu benachrichtigen, damit die angebrochene Erhebung durch Nachnahme unterbleibt. Wer wirklich in Rückstände ist, möge die Mahnworte des Präsidenten beherzigen. Nach vierstündiger Dauer konnte die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Bürgermeisterwahl in Otterthal. Der bisherige Bürgermeisterstellvertreter Emil Siffringer wurde in dem zweiten Wahlgang am vergangenen Sonntag mit 179 Stimmen zum Gemeindevorstand gewählt. Auf Schmiebmeyer-Dick waren 29 Stimmen entfallen.

Heidelberg Reform im Fremdenverkehr. Heidelberg verzeichnet im Jahre 1927 mit 188 473 Fremden, d. i. 16 682 mehr als im Vorjahre, einen Rekord.

Jahreshauptversammlung des badischen Gartenbauers

Der Landesverband Baden im Reichsverband des Deutschen Gartenbauers hatte seine Mitglieder zu der Jahreshauptversammlung auf Sonntag, den 5. Februar, nach Offenbach eingeladen. Der Vorsitzende Hr. Kocher, Mannheim, eröffnete den Verbandstag. Nach den Begrüßungen — auch Vertreter staatlicher und städtischer Behörden waren anwesend — besprach der Vorsitzende die trostlose Lage der Landwirtschaft und die nicht viel bessere Lage der Gärtnerei, und behandelte die Pflanzenzüchtung, die Abnahmefähigkeiten, die Genossenschaftsbildung. In der Aussprache wurden u. a. von Dr. Graf Douglas, dem Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Ausführungen über die gegenwärtige außerordentlich ernste Situation der Landwirte im Norden gemacht, wo die Lage der Landwirtschaft noch schlechter sei als bei uns im Süden. Gartenbauinspektor Lehmann erstattete den Jahresbericht. Aus den sonstigen Verhandlungsgegenständen sei hervorgehoben das Referat von Walther, Freiburg, über die Verkaufsorganisation der Gärtnerei in Freiburg, von Direktor Osterhoffer über die Regelung des Anbaues und Absatzes und über Selbsthilfe durch eine Zentrale über ganz Süddeutschland. Von anderen Rednern wurde die Notwendigkeit des Schutzes der Gartenproduktion betont. An der Tagung nahm auch eine Anzahl Junggärtner teil, um dem von der Badischen Landwirtschaftskammer veranstalteten Gartenbauortstragurs anzuschließen, in welchem Gartenbauinspektor Löber, Leiter der gärtnerischen Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn und Gartenbauinspektor Weinhan von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbauers referierten. In Verbindung mit der Jahresversammlung fand eine Vorlesung statt, die reichhaltig und dekorativ ausgestaltet war.

Gemeinde-Rundschau

über die Entwicklung der Stadtgemeinde Adolfszell

Schreibt Bürgermeister Otto Blesch:

Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Adolfszell 1927 ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung: Geburten 129, 1924: 117, 1925: 136, 1926: 156; Sterben 58, 1924: 55, 1925: 54, 1926: 47; Sterbefälle 91, 1924: 97, 1925: 90, 1926: 80. Auffällig ist der Rückgang der Geburten gegenüber 1926. Die Zahl der Geschlechtsungen hat sich wieder stark gehoben. In einer erheblichen Zahl der Fälle waren die Brautleute von sehr jungem Alter; dazu kam vielfach eine wenig gefestigte wirtschaftliche Stellung. Die Todesfälle betrafen dieses Jahr in der Hauptsache hochbetagte Leute, deren Zahl in Adolfszell eine recht hohe ist. Die Kindersterblichkeit war erfreulich gering. Die hauptsächlichsten Todesursachen waren — wie in den letzten Jahren — der Krebs in seinen verschiedenen Arten und die Tuberkulose. Der Gesundheitszustand in den Schulen ist nach den Berichten des Schularztes sehr gut. Der im Seegebiet stark verbreiteten Kröpfkrankheit wird durch Verabreichung von Jodtabletten an die Schüler entgegenzuwirken versucht. Die Fächer der Schüler in allen Schulen befinden sich in einem sehr schlimmen Zustande. Hier liegt ein großer Teil der Schuld an den Eltern. Die industriellen Großbetriebe waren gut beschäftigt. Bei der starken Auslands Konkurrenz (mehr als 50 Prozent der Gütererzeugung der Großbetriebe gehen in das europäische und außereuropäische Ausland) wird über geringen Nutzen geklagt; vielfach handelt es sich darum, nur die Absatzgebiete zu behaupten. Auch das Baugewerbe war ordentlich beschäftigt. Es wurden im verfloffenen Jahre 68 Wohnungen erstellt; die Arbeitslosen verschwanden von der Straße, auch die Stadt hat die von ihr begonnenen Notstandsarbeiten zurückgestellt. Wäre es möglich gewesen, im neuen Jahre und im Jahre 1929 den Wohnungsbau in gleicher Weise wie im verfloffenen Jahre geldlich zu unterstützen, dann wäre in Adolfszell die schlimmste Wohnungsnot behoben gewesen und die Aufhebung der Wohnungsnotstandsverwaltung hätte erlangen werden können. Seit dem Herbst ist jedoch das Geld so knapp und so teuer geworden, daß die bis dahin günstige Entwicklung des Wohnungsneubaus sich zum Erliegen kam. Da die inländische Kapitaldecke zu knapp ist, muß mit ausländischem Kapital gearbeitet werden.

Die Städte wehren sich energisch gegen die Verallgemeinerung des Vorwurfs der luxuriösen Betriebsführung, und sie waren auch bei der Durchführung von Notstandsarbeiten gezwungen, solche Arbeiten durchzuführen, die nicht zu ihren Pflichten gehörten. Wer einmal einen Stadt-Notstandsbesuch mit Verständnis durchleitet, dem muß ohne weiteres klar sein, welche starke Förderung die Wirtschaft, insbesondere das ortsanfällige Handwerk, durch die städtischen Beihilfen erfährt. Der Adolfszeller Voranschlag ist in fünf Sitzungen des Gemeinderats und in einer zweitägigen Sitzung des Bürgerausschusses durchberaten worden. Die Kurve der Erwerbslosenziffern nimmt eine erschreckende Steigung nach oben. Wenn die Verhältnisse auf diesem Gebiete wieder unhaltbar geworden sind, dann wird man sich wieder der guten Dienste erinnern, die die Städte bei Aufrechterhaltung einer guten Konjunktur leisteten. Die tatkräftige Mitarbeit der Städte ist zur Wiederaufrichtung des durch den letzten Krieg zu Boden geworfenen Deutschlands unumgänglich nötig. Mögen die zur Zeit laufenden Verhandlungen über die Einräumung eines Auslandskredites den dringenden städtischen Geldbedürfnissen gerecht werden. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle werden die Stadträte und Bürgerausschüsse schon im Interesse der örtlichen Steuerzahler dafür sorgen, daß keine unnötigen Schulden gemacht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Mannheim, 7. Febr. In der vergangenen Nacht ist nach längerer Krankheit im Alter von 49 Jahren Reedereibesitzer Sebastian Page, Mitinhaber der Firma Gebr. Page, Mannheim-Karlsruhe, gestorben. Im Jahre 1903 hatte er mit seinen Brüdern das elterliche Geschäft übernommen. Page war einer der ersten Reedere, der die Bedeutung der Oberheimschiffahrt für den Rha-Mannheim erkannte und schon vor 25 Jahren regelmäßige Fahrten nach Karlsruhe, Straßburg und Basel unternommen hat. Er entstammte einer der ältesten Rheinschifferfamilien aus Rhein-Dürkheim.

ld. Mannheim, 8. Febr. Anlässlich des Jubiläums der Handelskammer für den Kreis Mannheim soll, wie Prof. Dr. Hauptstein in der letzten Vollversammlung der Handelskammer berichtete, am 24. Juni ein Festakt stattfinden. Am 25. Juni tagt der Jahraplanausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, am 26. der Vorstand, am 27. der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages. Außerdem sind noch Veranstaltungen des Verkehrsvereins und der Stadt Schwetzingen geplant. Die Vollversammlung der Handelskammer Mannheim erhob gegen die Differenzierung Süddeutschlands bei der Reueinführung der Eisenpreise den schärfsten Einspruch. Ein Antrag des Badischen Industrie- und Handelstages, die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gründung einer Badischen Wirtschaftsbank zu ermöglichen, wurde abschlägig beschieden. Die Handelskammer ist trotzdem in ihrer übergroßen Mehrheit der Ansicht, daß der Antrag aufrechterhalten werden soll.

